

Aktionspaket

# Steuerzahlertag 2010

Konsolidieren, Reformieren, Wachsen

Stand: 4. Juli 2010

## Inhalt

▪ Steuerzahlertag 2010 (Leitfaden)	S. 3
▪ Aktionsvorschläge	S. 4
▪ Fragen und Antworten zum Steuerzahlertag	S. 6
▪ Flugblatt zum Steuerzahlertag (Textentwurf)	S. 10
▪ Weitere Materialien für Aktivitäten am Infostand	
▪ Liste kurioser Steuerarten und Erklärung	S. 12
▪ Argumente zum Steuerzahlertag	
▪ „Schwarz-Rot“ die Koalition der Abkassierer	S. 14
▪ Liberale Erfolge der Bundesregierung	S. 14
▪ Oberste Priorität: Haushaltskonsolidierung	S. 14
▪ Das Sparpaket	S. 16
▪ Stimmen zum Sparpaket	S. 18
▪ Reform der Kommunalfinanzen	S. 22
▪ Steuererhöhungen sind der falsche Weg	S. 23
▪ Deutschland kann sich keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes leisten	S. 23
▪ Steuersenkungen vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerschätzung	S. 25
▪ Für faire Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat	S. 28
▪ Die Kampagne „Die Mitte stärken!“	S. 31
▪ „Viele zahlen wenig“ – Das Einkommenssteueraufkommen in Deutschland	S. 32
▪ Die Mittelschicht schrumpft	S. 33

## Steuerzahlertag 2010

2010 wird die öffentliche Hand rund 511 Milliarden Euro Steuern einnehmen. Rechnerisch zahlen Sie bis zum 4. Juli<sup>1</sup> in die öffentlichen Kassen ein. Erst ab diesem Tag arbeiten Sie für sich. Wie auch in den letzten Jahren begeht die FDP diesen Zeitpunkt als den „Steuerzahlertag“. Die Gliederungen der FDP sind aufgerufen, bundesweit mit Infoständen und Aktionen für Haushaltskonsolidierung und die Entlastung der Mitte der Gesellschaft zu werben.

**Die gute Nachricht: Durch die Entlastungsmaßnahmen zum 1. Januar 2010 arbeitet die Mitte in Deutschland wesentlich kürzer für die Staatskasse als noch im Vorjahr. Der Steuerzahlertag 2009 war erst am 14. Juli.**

Mit dem Steuerzahlertag kritisiert die FDP nicht allein die hohen Steuern. Unser Protest richtet gegen die **zu hohe Abgabenbelastung** insgesamt. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt lag die Abgabenquote 2009 bei 40,4 Prozent<sup>2</sup>. Im Vergleich liegt die Belastung – je nach familiärer und beruflicher Situation – deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder. So übersteigt die Abgabenlast für einen alleinerziehenden Geringverdiener (zwei Kinder, 67 Prozent des Durchschnittsverdienstes<sup>3</sup>) den OECD-Schnitt um 14,3 Prozentpunkte.

Die Forderung der FDP nach Steuersenkungen ist unverändert aktuell. Die Liberalen stehen für ein einfaches und gerechtes Steuersystem mit niedrigen Sätzen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, endlich Reformen anzustoßen, um **die Menschen nachhaltig zu entlasten**. Sie können sich mehr leisten und Unternehmen können mehr investieren. Das schafft Wachstum und Arbeitsplätze. Wir nehmen den Steuerzahlertag am 4. Juli zum Anlass, um Unterstützer für unsere Politik zu gewinnen.

Trotz des vielfach beklagten Einnahmerückgangs des Finanzministers bleibt richtig: Das Steueraufkommen sinkt auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise nicht, es steigt nur weniger stark als erwartet. Der öffentlichen Hand stehen weiter Einnahmen in Rekordhöhe zur Verfügung. Der Staat hat also kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Im Jahr 2005 haben Bürger und Wirtschaft dem Staat 452 Mrd. Euro überwiesen. 2010 sind es stattliche 511,3 Mrd. Euro. 2013 werden es 561,3 Mrd. Euro sein. Das entspricht einer Steigerung von 24,2 Prozent.

Das Aktionspaket Steuerzahlertag 2010 gibt Ihnen zahlreiche Anregungen, wie Sie für das Steuerkonzept der FDP werben können. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf den letzten Seiten im Aktionspaket.

Viel Erfolg und gute Resonanz wünscht Ihnen

Ihr Team der Abteilung Strategie und Kampagnen  
der Bundesgeschäftsstelle

<sup>1</sup> Der konkrete Termin wurde vom Bund der Steuerzahler ermittelt. Das genaue Datum erhält man, wenn man die Abgabenbelastung der Bürger, als volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote, auf die Tage des Jahres umrechnet. Die Einkommensbelastungsquote ist die Summe aus Steuereinnahmen und Sozialabgaben dividiert durch das Volkseinkommen.

<sup>2</sup> Bundesministerium der Finanzen (Hg.), 21. Mai 2010, Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten (Steuer- und Sozialbeitragsleistungen des Staates)

<sup>3</sup> [http://www.oecd.org/document/23/0,3343,de\\_34968570\\_35008930\\_45169047\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/23/0,3343,de_34968570_35008930_45169047_1_1_1_1,00.html)

## Aktionsvorschläge

### I. Maßnahmen des mittelbaren Bürgerdialogs

- **Mailing-Aktivitäten**

Als Alternative zum unmittelbaren Gespräch sind Mailing-Aktionen per Post oder per E-Mail die beste Möglichkeit, unsere Botschaften zu vermitteln: Sie ermöglichen eine zielgenaue und zielgruppenspezifische Ansprache. Als Textgrundlage für Mailing-Aktionen können die Flugblätter der FDP genutzt werden. Für weitere Informationen und den Bezug der Flugblätter ist der Liberalverlag Ihr kompetenter Ansprechpartner: liberal Verlag GmbH, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin, Tel. 030 27572878, Fax: 030 27572880 oder per E-Mail: [susan.somorowski@liberalverlag.de](mailto:susan.somorowski@liberalverlag.de)

- **Zeitungsbeilagen**

Unser Flugblatt zum Steuerzahlertag eignet sich beispielsweise auch zur Verwendung als Beilage in unentgeltlichen Verteilerzeitungen (Wochenblätter). Der Liberalverlag berät Sie gerne zu diesen und anderen Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren.

- **PR-Anzeigen**

In der Fülle oberflächlicher Informationen über die Positionen der FDP kann es sinnvoll sein, über PR-Anzeigen mit starkem Informationscharakter unsere Haltung zu verdeutlichen. Dem Status der FDP als Regierungspartei entspricht es hier, nicht slogan-artig, sondern argumentativ zu formulieren. Des Weiteren kann durch einen Link ([www.wirhaltenwort.fdp.de](http://www.wirhaltenwort.fdp.de)) auf die Leistungsbilanz der Liberalen aufmerksam gemacht werden. Auch hierbei steht Ihnen der Liberalverlag gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

### II. Maßnahmen des unmittelbaren Bürgerdialogs

- **Gewinnspiel**

Ein Gewinnspiel ist der einfachste Weg, um am Infostand mit Passanten ins Gespräch zu kommen. Eine mögliche Frage wäre: „Wird der Staat in Zeiten der Finanzkrise in den kommenden vier Jahren mehr oder weniger einnehmen, als in den vergangenen vier Jahren? Richtige Antwort: er wird Rekordeinnahmen verzeichnen! Im Jahr 2005 haben Bürger und Wirtschaft dem Staat 452 Mrd. Euro überwiesen. 2010 sind es stattliche 511,3 Mrd. Euro. 2013 werden es 561,3 Mrd. Euro sein. Das entspricht einer Steigerung von 24,2 Prozent. Wer die richtige Antwort parat hat, wird mit einem kleinen Geschenk belohnt. Daneben verdeutlicht die Antwort, dass durchaus Spielraum für deutliche Entlastungen vorhanden ist.

Eine Variante erfordert etwas mehr Aufwand: Vergrößern Sie die beiliegende Liste kurioser Steuerarten und hängen Sie diese an Ihrem Infostand auf. Drei der aufgeführten Steuern gibt es nicht (Antwort: Fenster-, Speiseeis- und Zuckersteuer). Wer das herausfindet, hat sich ebenfalls einen Preis verdient.

- **„Steuerzahler-Picknick“**

Eine Alternative zum herkömmlichen Infostand: in einer Reihe von bundesweit durchgeführten Steuerzahler-Picknicks wird für „Mehr Netto“ geworben. Denkbar wäre ein Freiheitspicknick vor dem Finanzamt oder Rathaus mit Ankündigung in der lokalen Presse und Einladung zum Fototermin. Dabei werden halbierte Gebäckstücke, wie bspw. halbe Muffins, Mohnschnecken oder Berliner ohne Füllung, verteilt. Sie zeigen anschaulich, dass den Bürgern von ihrem Verdienst nur die Hälfte übrig bleibt.

- **Geldbörsen auswaschen**

Wer aus München kommt, kennt den Brauch des „Geldbeutelwaschens“. Er wird dort immer am Aschermittwoch zelebriert. Der Hintergrund: Das Ritual soll helfen, den leeren Geldbeutel wieder zu füllen. Münzen Sie diesen Brauch auf den Steuerzahlertag um und waschen Sie am Stadt- oder Ortsbrunnen Ihre Geldbörsen. So senden Sie die Botschaft aus: Erst mit dem heutigen Steuerzahlertag fließt das Geld wieder in die Taschen Bürger! Laden Sie die örtlichen Pressefotografen ein und begleiten Sie die Aktion mit einer Pressemitteilung.

## Fragen und Antworten zum Steuerzahlertag 2010

### 1) Was ist der Steuerzahlertag?

Von jedem verdienten Euro zahlen Sie 2010 50,5 Prozent als Steuern und Abgaben an den Staat. Umgerechnet auf das gesamte Jahr haben Sie somit bis zum 4.<sup>4</sup> Juli nur für die Staatskasse gearbeitet. Erst ab dem 4. Juli arbeiten Sie für sich.

Die gute Nachricht: Durch die Entlastungsmaßnahmen zum 1. Januar 2010 arbeitet die Mitte in Deutschland wesentlich kürzer für die Staatskasse als noch im Vorjahr. Der Steuerzahlertag 2009 war erst am 14. Juli.

### 2) Wie errechnet sich das Datum des Steuerzahlertages?

Die Abgabenbelastung der Bürger, als volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote, wird auf die Tage des Jahres umgerechnet. Die Einkommensbelastungsquote ist die Summe aus Steuereinnahmen und Sozialabgaben dividiert durch das Volkseinkommen. Das genaue Datum des Steuerzahlertages, wird demnach für das Jahr 2010 der 4. Juli sein. Ab diesem Tag arbeiten Sie also nicht mehr nur die Staatskasse, sondern für sich selbst.

### 3) Hat der Staat wirklich kein Geld?

Seit 1999 sind unter durchgängiger Verantwortung von SPD-Finanzministern annähernd 350 Mrd. Euro an zusätzlichen Schulden des Bundes hinzugekommen. Leider haben weder „Rot-Grün“ noch „Schwarz-Rot“ die Rekorderinnahmen beim Steueraufkommen genutzt, um die Verschuldung zurückzuführen. So lagen z.B. die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1994, 1998 und 2006 zwischen 2,5 und 2,9 Prozent. Trotzdem betrug die öffentliche Neuverschuldung zwischen 1,6 und 2,3 Prozent der Wirtschaftsleistung. Der öffentlichen Hand stehen weiter Einnahmen in Rekordhöhe zur Verfügung. Der Staat hat also kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Im Jahr 2005 haben Bürger und Wirtschaft dem Staat 452 Mrd. Euro überwiesen. 2010 sind es stattliche 511,3 Mrd. Euro. 2013 werden es 561,3 Mrd. Euro sein. Das entspricht einer Steigerung von 24,2 Prozent.

Der Schuldenstand Deutschlands steigt deutlich schneller als die deutsche Wirtschaftsleistung. Da die Rückzahlungen aus unserer Wirtschaftsleistung finanziert werden müssen und somit nicht mehr für die Vermehrung oder wenigstens die Erhaltung unseres Wohlstands verwendet werden können, bedeutet die Verschuldungsdynamik, dass die Staatsschulden uns zunehmend mehr Wohlstand kosten werden. Die Begrenzung der Staatsverschuldung nimmt den künftigen Generationen ihre Freiheit und Chancen. Insofern ist die Eindämmung der Verschuldung auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Aus diesem Grund tritt die FDP für ein grundsätzliches Neuverschuldungsverbot ein.

Auch wenn die Rahmendaten sich verbessern und wir voraussichtlich deutlich unter der geplanten Neuverschuldung liegen werden, dürfen Bund und Länder mit den Sparanstrengungen nicht nachlassen. Im Gegenteil, die positive Entwicklung muss Ansporn sein, die Neuverschuldung noch stärker zurückzufahren. Eine solide Haushaltspolitik ist die beste Grundlage

<sup>4</sup> Der konkrete Termin wurde vom Bund der Steuerzahler ermittelt. Das genaue Datum erhält man, wenn man die Abgabenbelastung der Bürger, als volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote, auf die Tage des Jahres umrechnet. Die Einkommensbelastungsquote ist die Summe aus Steuereinnahmen und Sozialabgaben dividiert durch das Volkseinkommen.

für nachhaltiges Wachstum, weil sie Vertrauen in die langfristige Handlungsfähigkeit des Staates schafft. Die Koalition wird die Neuverschuldung, die sozialdemokratische Finanzminister in den vergangenen elf Jahren hinterlassen haben, zurückführen. Im Vergleich zum Steinbrück-Entwurf für den Bundeshaushalt 2010, der noch eine Neuverschuldung von 86,1 Milliarden Euro vorsah, könnte die Nettokreditaufnahme um bis zu 30 Milliarden Euro gesenkt werden. Das ist das Ergebnis konsequenter Sparpolitik.

#### **4) Warum sollen Steuern weiter sinken?**

Von 80 Millionen Bundesbürgern, zahlen nur 26 Millionen Menschen Lohn- und Einkommenssteuer. Sie tragen die Hauptlast unseres Landes. Wir wollen diese Mitte der Gesellschaft entlasten, um den privaten Konsum anzukurbeln und Investitionen des Mittelstandes anzuregen. Die von der FDP vor der Wahl gesetzten Ziele verfolgen wir nach wie vor, jedoch haben wir im Rahmen des Koalitionsvertrages und der derzeitigen finanziellen Situation in Deutschland andere zeitliche Prioritäten gesetzt. Zunächst wird die Haushaltskonsolidierung eingeleitet. Bei einem ausgeglichenen Finanzhaushalt sind dann Steuersenkungen wieder möglich.

#### **5) Warum ist Haushaltskonsolidierung wichtig?**

Die Konsolidierung soll nach Meinung der FDP nicht durch mehr Einnahmen im Rahmen von Steuererhöhungen erreicht, sondern durch Einschnitte bei den Ausgaben finanziert werden. So können wir auf lange Sicht die Steuern bei einem ausgeglichenen Haushalt senken und dann den Mittelstand im Rahmen unseres 5-Stufen-Steuersystems stärken. Die Bürger bekommen dadurch mehr finanziellen Spielraum: Für Ihre Familie, für mehr Konsum und auch eine wirksame Altersvorsorge. Sie können sich mehr leisten und Unternehmen können mehr investieren. Das schafft Wachstum und Arbeitsplätze.

Um die Staatsfinanzen dauerhaft in Ordnung zu bringen, verfolgt die FDP einen strikten Sparkurs. Mit dem Sparpaket erfolgt eine Weichenstellung für eine strukturelle und dauerhafte Konsolidierung des Bundeshaushalts. Das Sparvolumen von 13,2 Mrd. Euro in 2011 wächst bis 2014 auf 26,6 Mrd. Euro an. Damit umfasst das Sparpaket in den nächsten vier Jahren ein Gesamtvolumen von über 80 Mrd. Euro.

#### **6) Welche Entlastungen im Mittelstand wurden gesetzt und welche Wachstumsimpulse sind daraus entstanden?**

Nur 3 Monate nach der erfolgreichen Bundestagswahl sind die Familien im Umfang von 4,6 Mrd. Euro entlastet worden. Nicht Steuererhöhungen wie in der großen Koalition, sondern eine Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge waren die ersten Markenzeichen der neuen Koalition. Die Unternehmen wurden in Höhe von 2,4 Mrd. Euro entlastet: Verbesserte Abschreibungsbedingungen bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern schaffen Investitionsanreize und sorgen für weniger Steuerbürokratie bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer bei konzerninternen Umstrukturierungen erleichtert es Unternehmen, die betriebswirtschaftlich beste Organisationsform zu wählen. Dazu kommen Entlastungen bei der Erbschaftsteuer in Höhe von 400 Mio. Euro und beim Beherbergungsgewerbe in Höhe von 900 Mio. Euro zu Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen in Europa. Die beschlossenen Entlastungen in Höhe von insgesamt 8,3 Mrd. Euro setzen erste Impulse für einen stabilen und dynamischen Aufschwung – raus aus der Krise durch nachhaltiges Wachstum.

## 7) Wie ist die Prioritätensetzung auf dem Weg zur weiteren Entlastung der Bürger?

Die Liberalen setzen sich weiterhin dafür ein, dass anhaltende Wachstumsimpulse, wie sie im Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet wurden, konsequent verfolgt werden. Probleme im sozialen Sicherungssystem dürfen nicht zu Lasten zukünftiger Generationen gehen. Eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro (volle Jahreswirkung), soll im Laufe der Legislaturperiode umgesetzt werden. Von diesem Entlastungsvolumen sind die bereits in Kraft getretenen Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes in Höhe von rd. 8 Mrd. Euro abzuziehen, so dass ein Entlastungsvolumen von rd. 16 Mrd. Euro verbleibt.

Eine solide Haushaltspolitik ist die beste Grundlage für nachhaltiges Wachstum, weil sie Vertrauen in die langfristige Handlungsfähigkeit des Staates schafft. Die Koalition wird die Neuverschuldung, die sozialdemokratische Finanzminister in den vergangenen elf Jahren hinterlassen haben, zurückführen. Die Vorgängerregierungen sind in der Haushaltspolitik gescheitert. Das angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2011 wird nicht erreicht. Trotz Steuermehreinnahmen des Bundes von über 150 Mrd. Euro hat sich der Bund jedes Jahr neu verschuldet. Die Bundesregierung hat die sehr guten konjunkturellen Phasen der Jahre 2006 bis 2008 ungenutzt verstreichen lassen. Statt die Neuverschuldung auf Null zu reduzieren und Haushaltsüberschüsse zu erwirtschaften, wurden die Ausgaben um rd. 38 Mrd. Euro ausgeweitet. Die Haushaltskonsolidierung setzte nicht auf Ausgabenbegrenzung, sondern einzig auf Einnahmenerhöhung durch massive Steuererhöhungen. Die wesentlichen Gründe für das Scheitern in der Haushaltspolitik liegen in einem mangelnden Sparwillen und in einer falsch angelegten Konzeption in der Finanzpolitik. Schulden sollten nicht versteckt werden. Die FDP lehnt daher Nebenhaushalte ab. Die Haushaltssituation beim Bund erfordert einen nationalen gesamtstaatlichen Kraftakt.

Deutschland wird letztendlich nur mit einer wachstumsorientierten Finanzpolitik aus der Schuldenfalle kommen. Dabei setzt die FDP auf eine Doppelstrategie des Konsolidierens und Reformierens.

Auch ist es Aufgabe liberaler Politik, den Ordnungsrahmen für das Handeln auf den Finanzmärkten durch bessere Regulierung zu stärken, Fehlentwicklungen vorherzusehen und die Mitverantwortlichen der Krise für ihr Handeln in Haftung zu nehmen. Es war die Rot-Grüne Bundesregierung, die Investmentmodernisierungsgesetz und Hedgefonds zugelassen hat, ohne den Ordnungsrahmen für neue Finanzprodukte zu verbessern. Uns Liberalen ist es wichtig, dass nicht die Sparer und Kleinanleger für das Fehlverhalten der Verursacher der Finanzkrise haften müssen. Für uns Liberale gilt, dass das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft gerade auch auf den Finanzmärkten gelten muss.

## 8) Sind die Sparmaßnahmen sozial ausgewogen?

Die angestrebten Maßnahmen sind ein ausgewogenes Sparprogramm, weil es alle Teile der Gesellschaft einbezieht und dazu geeignet ist, die Vorgaben des Grundgesetzes einzuhalten. Der Finanzsektor, die Wirtschaft, die öffentliche Verwaltung, aber auch die Empfänger ineffizienter Doppelleistungen des Sozialsystems müssen ihren Beitrag dazu leisten, die Staatsfinanzen zu sanieren und für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen. Nur ein finanziell gesunder Staat kann ein handlungsfähiger Staat sein. Der Vorwurf des „sozialen Kahlschlags“ und der einseitigen Belastung der „Schwächsten“ in der Gesellschaft trägt nicht. Der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt beträgt rd.

55 % (1998: 39,3 %), während die Sparmaßnahmen im Bereich des Arbeitslosengelds II und beim Elterngeld knapp ein Drittel der Einsparsumme ausmachen. Dieses Zahlenbeispiel macht deutlich, dass auf eine soziale Balance geachtet worden ist.

### **9) Warum empfinden viele das deutsche Steuerrecht als ungerecht?**

Ein faires Steuerrecht braucht einfache Regeln und ein verlässliches Verfahren. Das Steuerrecht muss von allen Bürgern verstanden werden. Die FDP setzt dabei auf einen Dreiklang der Vereinfachung, zu dem einfachere Regeln, mehr Typisierung und Pauschalisierung gehören. So kann staatliche Bürokratie gespart werden und die Steuergesetze effektiver vollzogen werden. Für die FDP ist es nicht gerecht und nicht fair, wenn der Staat seinen Bürgern Steuern abverlangt, die Regeln dafür aber so kompliziert sind, dass weder die Steuerbürger und Unternehmer, noch die steuerberatenden Berufe sie fehlerfrei anwenden können. Wenn darüber hinaus auch die Finanzverwaltung das Steuerrecht nicht fehlerfrei anwenden kann, gefährdet das die Glaubwürdigkeit des Staates.

### **10) Was macht einen fairen Steuer- und Sozialstaat aus?**

Ein fairer Steuer- und Sozialstaat stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er erhöht die Bereitschaft der Starken zur Solidarität mit den Schwachen. Und er stärkt das Selbstbewusstsein und die Leistungsfähigkeit der Schwächeren, die nicht mehr in staatlich verordneter Abhängigkeit verharren müssen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe erhalten.

In einem fairen Steuer- und Sozialstaat wirken Hilfsbereitschaft und Leistungsbereitschaft zusammen: Wer erlebt, dass er sich auf die Unterstützung der Gemeinschaft verlassen kann, dass er aber auch selbst seine Lebensumstände spürbar verbessern kann, dem wachsen neue Kräfte zu. Wer erkennt, dass der Sozialstaat jedem eine Grundsicherung gegen Schicksalsschläge bietet, dass aber auch der Hilfsbedürftige sich im Rahmen seiner Möglichkeiten anstrengt, der ist um so mehr bereit zu teilen und zu helfen. In einem fairen Steuer- und Sozialstaat gilt daher das Prinzip: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Das Steuer- und das Transfersystem sind aufs Engste miteinander verbunden. Das eine kann im Sozialstaat nicht ohne das andere gedacht werden. Gemeinsam regeln die beiden Systeme die finanziellen Beziehungen zwischen dem Bürger und seinem Staat. Alles was der Staat nimmt und verteilt, muss zuvor von den Bürgern erwirtschaftet werden.

Für die FDP ist es nicht gerecht und nicht fair, wenn ein durchschnittlich verdienender ganztags beschäftigter Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von 3.100 Euro im Monat von jedem zusätzlich verdienten Euro nur noch 46 Cent ausgezahlt bekommt. Für die FDP ist es nicht gerecht und nicht fair, wenn der Staat seinen Bürgern Steuern abverlangt, die Regeln dafür aber so kompliziert sind, dass weder die Steuerbürger und Unternehmer, noch die steuerberatenden Berufe sie fehlerfrei anwenden können. Wenn darüber hinaus auch die Finanzverwaltung das Steuerrecht nicht fehlerfrei anwenden kann, gefährdet das die Glaubwürdigkeit des Staates.

## Textentwurf für ein Flugblatt zum Steuerzahlertag

(Das Flugblatt steht unter [www.steuern.fdp.de](http://www.steuern.fdp.de) zum Download zur Verfügung)

# Steuerzahlertag 2010 Konsolidieren, Reformieren, Wachsen

Von jedem verdienten Euro zahlen Sie 2010 50,5 Prozent als Steuern und Abgaben an den Staat. Umgerechnet auf das gesamte Jahr haben Sie somit bis zum 4. Juli nur für die Staatskasse gearbeitet. Erst ab jetzt arbeiten Sie für sich.

**Die gute Nachricht: Durch die Entlastungsmaßnahmen zum 1. Januar 2010 arbeitet die Mitte in Deutschland wesentlich kürzer für die Staatskasse als noch im Vorjahr. Der Steuerzahlertag 2009 war erst am 14. Juli.**

Trotzdem verdeutlicht der Steuerzahlertag 2010 auch: Die Bürgerinnen und Bürger werden weiterhin stark belastet. Dabei sinkt das Steueraufkommen auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise nicht, es steigt nur weniger stark als erwartet. Der öffentlichen Hand stehen weiter Einnahmen in Rekordhöhe zur Verfügung. Der Staat hat also kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Im Jahr 2005 haben Bürger und Wirtschaft dem Staat 452 Mrd. Euro überwiesen. 2010 sind es stattliche 511,3 Mrd. Euro. 2013 werden es 561,3 Mrd. Euro sein. Das entspricht einer Steigerung von 24,2 Prozent.

Diese Einnahmenrekorde müssen dazu genutzt werden, den Haushalt zu konsolidieren, die Struktur des Steuersystems zu reformieren und durch Entlastung der Mitte Voraussetzungen für neues Wachstum zu schaffen.

## Konsolidieren

Mit Blick auf die hohe Verschuldung muss die Politik eine echte Aufgabenkritik vornehmen. Sparen heißt für Liberale nicht, Steuern zu erhöhen. **Sparen heißt für uns, vorhandene Ausgaben auf ihren Sinn hin zu überprüfen, Effizienzreserven zu heben und damit die Steuerzahler in Deutschland zu entlasten.** Jeder, der heute nach Ausgaben ruft, sollte wissen: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

Leider haben weder „Rot-Grün“ noch „Schwarz-Rot“ die Rekordeinnahmen beim Steueraufkommen genutzt, um die Verschuldung zurückzuführen. So lagen z.B. die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1994, 1998 und 2006 zwischen 2,5 und 2,9 Prozent. Trotzdem betrug die öffentliche Neuverschuldung zwischen 1,6 und 2,3 Prozent der Wirtschaftsleistung. Wir werden durch die Konsolidierung des Haushalts Spielräume für Steuerenkungen noch in dieser Legislaturperiode schaffen.

## Reformieren

Ein faires Steuerrecht braucht einfache Regeln. Wenn der Staat seinen Bürgern Steuern abverlangt, müssen die Regeln dafür so einfach sein, dass sie fehlerfrei angewendet werden können. Die Steuerstrukturreform der FDP will genau dies erreichen. **Nur ein System, das der Steuerzahler versteht, wird er auch als gerecht empfinden.** Darüber hinaus müssen auch die sozialen Sicherungssysteme so fortentwickelt werden, dass den Bedürftigen geholfen wird, ohne die Balance zwischen Steuerzahlern und Leistungsempfängern zu gefährden.

## Wachsen

Mit dem Politikwechsel im Herbst 2009 hat sich das politische Denken verändert. Die FDP als Regierungspartei weiß, dass sie sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen muss. Wir Bürger wissen besser als anonyme Großorganisationen und Verwaltungen, welche Bedürfnisse wir haben. **Wenn die Steuerbelastung sinkt, können Sie sich wieder mehr leisten und der Mittelstand mehr Arbeitsplätze schaffen.**

Gerade weil die Staatsaufgaben effizient erfüllt werden sollen und den Bedürftigen geholfen werden muss, stärkt Schwarz-Gelb gezielt die Mitte der Gesellschaft.

Dazu haben wir zum Jahresauftakt das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht und durch Entlastungen im Mittelstand Wachstumsimpulse gesetzt. Mit dem Sparpaket hat sich die Bundesregierung trotz Gegenwind für den konsequenten Einstieg in die Haushaltskonsolidierung entschieden.

**Der Steuerstaat ist erfinderisch. Der stetig steigende Finanzbedarf führte zu einer Fülle von verschiedenen Steuerarten, darunter auch einige besonders kuriose.**

**Drei der aufgeführten Steuerarten gibt es allerdings in Deutschland nicht (mehr). Welche sind das?**

Alkopopsteuer

Biersteuer

Branntweinsteuer

Fenstersteuer

Feuerschutzsteuer

Jagd- und Fischereisteuer

Kaffeesteuer

Kinosteuer

Lotteriesteuer

Schankerlaubnissteuer

Schaumweinsteuer

Speiseeissteuer

Vergnügungsteuer

Zuckersteuer

Zweitwohnungsteuer

## Erklärung zur Liste kurioser Steuerarten

- Alkopopsteuer:** Nach dem „Gesetz über die Erhebung einer Sondersteuer auf alkoholhaltige Süßgetränke (Alkopops) zum Schutz junger Menschen“ vom 23. Juli 2004 ist eine Sondersteuer auf branntweinhaltige Alkopops fällig. Die Alkopopsteuer wird seit dem 2. August 2004 erhoben. Einige Hersteller umgehen die Steuer, indem sie auf Wein-Alkohol umgestiegen sind, anstatt Branntwein beizumischen.
- Biersteuer:** Die Biersteuer ist im Biersteuergesetz geregelt. Das Biersteueraufkommen von jährlich knapp 1 Mrd. Euro steht den Bundesländern zu. Der Biersteuer unterliegen Bier aus Malz und bierhaltige Mischgetränke. Auf ein 0,2-l-Glas üblichen Vollbiers sind 1,9 Cent Biersteuer zu entrichten.
- Branntweinsteuer:** Gemäß § 130 Abs. 1 des Gesetzes über das Branntweinmonopol unterliegen „Branntwein sowie branntweinhaltige Waren“ der Branntweinsteuer. Unter Branntwein ist jedes Erzeugnis zu verstehen, das Ethylalkohol als wertbestimmenden Anteil enthält. Das jährliche Steueraufkommen beträgt rund 2 Mrd. Euro.
- Feuerschutzsteuer:** Die Feuerschutzsteuer ist von Versicherungsunternehmen zu entrichten, wenn diese Feuerversicherungen für Gegenstände im Inland anbieten. Die Feuerschutzsteuer wird i. d. R. vom Versicherungsentgelt (Prämie, Beitrag) berechnet, das der Versicherte zu leisten hat. Sie beträgt grundsätzlich 8 Prozent. Rechtsgrundlage ist das Feuerschutzsteuergesetz.
- Jagd- und Fischereisteuer:** Es handelt sich um eine örtliche Steuer, die von den Gemeinden erhoben wird. Rechtsgrundlage sind die Kommunalabgabengesetze der Länder. Die Steuer wird jährlich auf der Basis des Jahresjagdwerts bzw. bei Verpachtung auf den vom Pächter zu entrichtenden Pachtpreis erhoben, bei der Fischereisteuer zählt die Anzahl der Fischereibezirke.
- Kaffeesteuer:** Das Kaffeesteuergesetz unterwirft Röstkaffee, löslichen Kaffee sowie kaffeehaltige Waren (z.B. Cappuccino, Eiskaffee, Café au Lait) der Kaffeesteuer. Die Steuer wird grundsätzlich beim Hersteller erhoben. Für 1 Kg Röstkaffee fallen 2,19 Euro an, für 1 Kg löslichen Kaffee 4,78 Euro. Das bringt dem Staat jährlich ca. 1 Mrd. Euro ein.
- Kinosteuer:** Die Kinosteuer ist eine örtliche Steuer. Sie fällt im Rahmen der => Vergnügungsteuer auf die Vorführung von Filmen an.
- Lotteriesteuer:** Diese Landessteuer belastet den Preis sämtlicher Lose. Ihr unterliegen im Inland veranstaltete öffentliche Ausspielungen (Zahlenlotto, Fußballtoto).

- Schankerlaubnissteuer: Steuergegenstand ist die Erlangung der Erlaubnis zum Betrieb einer Gastwirtschaft oder eines Kleinhandels mit Branntwein. Es handelt sich um eine örtliche Steuer, die die Gemeinden auf der Basis der Kommunalabgabegesetze der Länder erheben.
- Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer: Das „Gesetz zur Besteuerung von Schaumwein und Zwischenerzeugnissen“ macht Schaumwein (z. B. Sekt, Champagner) und Zwischenerzeugnisse (wie Sherry, Portwein, Likörweine) steuerpflichtig. Das Aufkommen liegt bei etwa 450 Mio. Euro im Jahr.
- Vergnügungsteuer: Die Vergnügungsteuer ist eine von den Gemeinden auf der Grundlage von Landesgesetzen erhobene örtliche Steuer. Sie fällt v. a. auf Tanzveranstaltungen, Filmvorführungen (=> Kinosteuer), den Betrieb von Musik-, Schau-, Scherz-, Spiel-, Geschicklichkeits- oder ähnlichen Apparaten in Gast- und Schankwirtschaften sowie anderen, jedermann zugänglichen Räumen an.
- Zweitwohnungsteuer: Die Zweitwohnungsteuer (auch Zweitwohnsitzsteuer, Nebenwohnsitzsteuer, Zweitwohnungsabgabe genannt) ist eine örtliche Steuer, die mittlerweile von zahlreichen Städten und Gemeinde erhoben wird. Sie betrifft alle Personen, die im jeweiligen Ort eine Wohnung bezogen und diese als Zweitwohnsitz gemeldet haben.
- Fenstersteuer: **Die Fenstersteuer ist glücklicherweise mittlerweile Geschichte.** Sie fiel auf die zum Wohnraum gehörenden Fenster an. Beispiele: In Frankreich wurde sie von 1798 an für gut 100 Jahre erhoben, von 1697 bis 1851 in England.
- Speiseeissteuer: Die Steuer wurde 1930 als eine Notverordnung des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt. Sie erfasste damals auch alkoholfreie Getränke wie Mineralwasser und Limonaden. Durchschnittlich betrug der Steuersatz für zum sofortigen Verzehr bestimmtes Speiseeis zehn Prozent des Verkaufspreises. Es handelte sich um eine örtliche Steuer, die auf Landesrecht und kommunalen Satzungen beruhte und **letztmalig 1971 in Bayern erhoben wurde.**
- Zuckersteuer: Mit dem Aufblühen des Überseehandels mit Rohrzucker wurde die Zuckersteuer eine beliebte Geldquelle europäischer Herrscher. 1841 wurde in Deutschland eine echte Zuckersteuer eingeführt, die nach dem Gewicht der angelieferten Zuckerrüben bemessen wurde. **Zum 1. Januar 1993 wurde die Zuckersteuer abgeschafft.**

## Argumente zum Steuerzahlertag

### Schwarz-Rot – die Koalition der Abkassierer.

Statt es dem Vorbild anderer Länder gleichzutun und Steuern zu senken, haben CDU/CSU und SPD die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen:

- Die **Mehrwertsteuer** stieg von 16 auf 19 Prozent, die Pendlerpauschale kann erst ab dem 21. Kilometer geltend gemacht werden und das Kindergeld wird nur noch bis zu dem 25. Lebensjahr ausgezahlt

### Libérale Erfolge der Bundesregierung

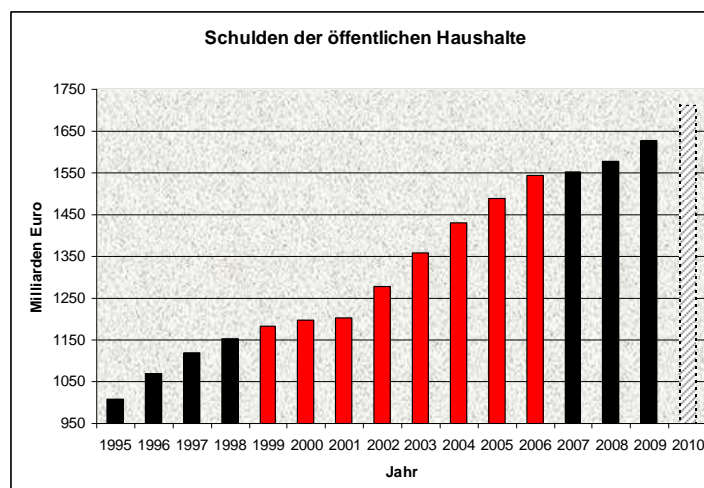
#### Steuersenkungen und Entlastungspolitik

- Entlastung von Familien um 4,6 Milliarden Euro
- Der Bund wird 5,6 Milliarden Euro weniger im Haushaltsjahr 2010 ausgeben, als von der Vorgängerregierung eingeplant war
- Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro auf mindestens 184 Euro zum 01.01.2010
- Erhöhung des Kinderfreibetrags um 1.000 Euro auf 7.008 Euro zum 01.01.2010
- Senkung der Erbschaftssteuerbelastung für Geschwister, Nichten und Neffen
- Verbesserte Nachfolgeregelungen für Unternehmen
- Senkung der Mehrwertsteuer für Übernachtungsleistungen auf sieben Prozent
- 750 Millionen Euro zur Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe
- Streichung der 1,5 Milliarden Euro Subvention für Opel

Außerdem können seit dem 1. Januar 2010 die Beiträge zur Krankenversicherung steuerlich geltend gemacht werden.

### Oberste Priorität: Haushaltskonsolidierung

Die explodierenden Schulden der öffentlichen Haushalte bei tendenziell steigenden Einnahmen belegen vor allem eines: eine unverantwortliche Ausgabenpolitik der Bundesregierung. In Interviews hatte SPD-Finanzminister Peer Steinbrück für 2010 bereits eine Neuverschuldung von mindesten 86 Milliarden Euro angedacht.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

## Das Sparpaket

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden zu erheblichen Defiziten geführt. Die Finanzlage ist dramatisch. Griechenland ist mahnendes Beispiel. Wegen einer unsoliden Haushaltspolitik mussten in Griechenland Renten und Gehälter im öffentlichen Dienst gekürzt sowie die Mehrwertsteuer und die Verbrauchsteuern erhöht werden. Derartiges gilt es in Deutschland zu vermeiden. Solide Staatsfinanzen sind daher eine unverzichtbare Grundlage für soziale Stabilität, für neue Arbeitsplätze und für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb ist die FDP fest entschlossen, den jahrzehntelangen Marsch in die Staatsverschuldung zu stoppen. Seit 1999 sind, unter Verantwortung von SPD-Finanzministern, über 300 Mrd. Euro an zusätzlichen Schulden - nur des Bundes - hinzugekommen. Die FDP-Bundestagsfraktion wird nicht zulassen, dass die Gestaltungsfreiheit kommender Generationen durch eine ausufernde Staatsverschuldung beschnitten wird.

Um die Staatsfinanzen dauerhaft in Ordnung zu bringen, verfolgt die FDP einen strikten Sparskurs. Mit dem Sparpaket erfolgt eine Weichenstellung für eine strukturelle und dauerhafte Konsolidierung des Bundeshaushalts. Das Sparvolumen von 13,2 Mrd. Euro in 2011 wächst bis 2014 auf 26,6 Mrd. Euro an. Damit umfasst das Sparpaket in den nächsten vier Jahren ein Gesamtvolumen von über 80 Mrd. Euro. Die Beschlüsse der Bundesregierung zum größten Sparpaket der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sehen keine Steuererhöhungen, Abgabenerhöhungen und Rentenkürzungen zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung vor. Dies ist angesichts der breit erhobenen Forderungen aus der CDU nach Erhöhungen von Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer und Solidaritätszuschlag ein Erfolg der FDP.

Dieses Sparpaket trägt eine liberale Handschrift, es konnten wieder viele Punkte aus dem Liberalen Sparbuch umgesetzt werden. Es zeichnet sich aus durch:

- Ausgabensenkungen,
- Subventionsabbau,
- Strukturverbesserungen im Arbeitsmarktbereich.

Die angestrebten Maßnahmen sind ein ausgewogenes Sparprogramm, weil es alle Teile der Gesellschaft einbezieht und dazu geeignet ist, die Vorgaben des Grundgesetzes einzuhalten. Der Finanzsektor, die Wirtschaft, die öffentliche Verwaltung, aber auch die Empfänger ineffizienter Doppelleistungen des Sozialsystems müssen ihren Beitrag dazu leisten, die Staatsfinanzen zu sanieren und für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen. Nur ein finanziell gesunder Staat kann ein handlungsfähiger Staat sein.

Ein handlungsfähiger Staat ist wichtig für die Schwachen und Bedürftigen dieser Gesellschaft. Aus diesem Grund ist das Sparpaket und die damit angestrebte Haushaltssanierung auch ein Gebot der Gerechtigkeit!

Wir werden allein im Jahr 2011:

- 5,3 Mrd. Euro bei Unternehmen und steuerlichen Subventionen,
- 5 Mrd. Euro durch Optimierung im Sozialbereich und
- 2,3 Mrd. Euro beim Staat einsparen.

Insgesamt umfassen die einzelnen Maßnahmen ein Entlastungsvolumen für den Bundeshaushalt in Höhe von 13,2 Mrd. Euro im Jahr 2011. Reduziert wird die Entlastungswirkung auf den Bundeshaushalt durch eine weitere Stützung des Gesundheitssystems von zusätzlich 2 Mrd. Euro, so dass der steuerfinanzierte Anteil für den Gesundheitsbereich nunmehr bei 15,3 Mrd. Euro liegen wird.

Der Vorwurf des „sozialen Kahlschlags“ und der einseitigen Belastung der „Schwächsten“ in der Gesellschaft trägt nicht. Der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt beträgt rd. 55 % (1998: 39,3 %), während die Sparmaßnahmen im Bereich des Arbeitslosengelds II und beim Elterngeld knapp ein Drittel der Einsparsumme ausmachen.

Dieses Zahlenbeispiel macht deutlich, dass auf eine soziale Balance geachtet worden ist. Zudem wird der Bildungsbereich von Sparmaßnahmen ausgenommen - davon profitieren auch Kinder aus Hartz IV Familien. Forschung, Bildung und Entwicklung ist und bleibt ein Schwerpunkt der christlichliberalen Koalition. Bei den zugesagten zusätzlichen 12 Mrd. Euro bis 2013 wird es daher keine Kürzungen geben und wir setzen damit eine klare Priorität für die Zukunft unseres Landes. Die FDP wird bei den anstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 ihren Sparkurs fortsetzen, damit dieses Land auch morgen noch die Kraft hat, Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft die nötige Hilfe zukommen zu lassen und unseren Kindern eine Zukunft ohne ständig steigende Verschuldung zu ermöglichen. Das von der Bundesregierung hierzu beschlossene Maßnahmenpaket wird die FDP-Bundestagsfraktion durch konkrete Gesetze präzisieren. Aber auch eins ist klar: Bei Bildung und Forschung, die die Zukunft unseres Landes sichern, wird nicht gespart.

## **Das Sparpaket im Einzelnen:**

### **Öffentliche Verwaltung**

Im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis 2014 15.000 Stellen wegfallen. Der Bund verzichtet auf die geplante Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Beamte und verzichtet auf Gehaltserhöhungen bei Ministern und Staatssekretären.

### **Arbeitsvermittlung**

Die Jobvermittlung soll effektiver gestaltet werden. Pflichtleistungen der Arbeitsagenturen, wie z.B. Umschulungen oder Weiterbildungen, werden in Ermessensleistungen umgewandelt. Niemand soll mehr in einer Warteschleife von Umschulungsmaßnahmen geparkt werden. Der befristete Zuschlag beim Übergang von Arbeitslosengeld I zu Hartz IV entfällt. Das setzt Anreize zur Arbeitsaufnahme.

### **ALG-II-Empfänger**

Das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger entfällt. Das Elterngeld soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dieses Problem stellt sich bei Menschen, die keinen Beruf ausüben, nicht. Die Leistungen des Arbeitslosengeldes II sollen den kompletten Bedarf decken. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wird es zu einer Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze kommen, die auch dem Bedarf von Kindern in besonderer Weise Rechnung tragen wird.

### **Bundeswehr**

Im Rahmen der Streitkräftereform sollen bis zu 40.000 Stellen für Berufs- und Zeitsoldaten entfallen. Mit der Anpassung der Strukturen der Bundeswehr an die Herausforderungen der Gegenwart wird auch die von der FDP seit langem geforderte Aussetzung der Wehrpflicht, wieder aktuell. Das eröffnet weitere Einsparpotentiale etwa durch den Wegfall der Wehrerfassung.

### **Eltern**

Das Elterngeld (12 bis 14 Monate nach einer Geburt) wird gekürzt. Künftig gibt es nur noch 65 statt bisher 67 Prozent des bisherigen Gehalts. Die Obergrenze von max. 1.800 Euro bleibt bestehen.

### **Finanzsektor**

Neben der Bankenabgabe soll 2012 eine Finanzmarktsteuer eingeführt werden. Bei Insolvenzen hat der Bund mit seinen Steueransprüchen gegenüber Schuldner Vorrang vor Banken.

### **Industrie**

Subventionen und Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen werden auf ihre Wirksamkeit und Erfordernis hin überprüft, um Missbrauch und Mitnahmeeffekte zu verhindern. Die zusätzlichen Renditen aus der Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken werden zu einem Teil dem Bundeshaushalt zufließen.

### **Verbraucher**

Die ökologische Luftverkehrsabgabe macht jede Flugreise um maximal 15 Euro teurer – differenziert nach dem Preis, Treibstoffverbrauch und Lärmemission.

### **Stimmen zum Sparpaket**

„Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf der Ausgabenseite des Haushalts. Langzeitarbeitslose, Beamte und Eltern werden die Folgen spüren. Doch wie finanzwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, belastet eine solche Strategie weniger das zu erwartende Wachstum der Wirtschaft. Die FDP hat sich erfolgreich gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer für Gutverdiener gewehrt.“ - **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

„Die Reaktionen der Opposition (und der Gewerkschaften) auf das Sparpaket, noch bevor Einzelheiten überhaupt ausgehandelt und bekannt sind, entspricht dem Pawlowschen Reflex. Darüber muss sich die Regierung angesichts wachsender Einsicht in der Bevölkerung vorerst keine Sorgen machen, zumal wenn sie zeigen kann, dass nicht nur an den „kleinen Leuten“ gespart wird, sondern auch die Wirtschaft ihren Teil beiträgt.“ – **Frankfurter Allgemein Zeitung**  
<http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E85062D6E61E49DD8C429C1C86E98146~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

„Die zweite gute Nachricht lautet, dass das Paket rein vom Volumen her den Anforderungen genügt. Das gigantische Haushaltsdefizit des Bundes wird damit in den kommenden Jahren Schritt für Schritt auf ein erträgliches Maß schrumpfen, die Vorgaben des Grundgesetzes und des EU-Stabilitätspakts werden - zumindest auf dem Papier - erfüllt. Auch ist es Union und FDP gelungen, in Tabuzonen einzubrechen, zum Beispiel bei der Ökosteuer.“ – **Süddeutsche Zeitung** <http://www.sueddeutsche.de/politik/sparpaket-der-regierung-koalition-ohne-idee-1.955086>

„Allerdings spart die Regierung Merkel/Westerwelle anders als das Regierungsduo Merkel/Müntefering. Der wesentliche Unterschied: CDU, CSU und FDP kürzen stärker die Ausgaben. Nur 7,8 Mrd. Euro sollen der Abbau von Steuersubventionen und höhere Abgaben von Unternehmen bringen. Den Rest wollen Merkel, Westerwelle und Schäuble durch Änderungen an Arbeitsmarktgesetzen und weniger Elterngeld erreichen.“ – **Handelsblatt** <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spar-historie-schwarz-gelb-spart-so-viel-wie-schwarz-rot;2596590>

„Die Summe, die am Ende der Sparstrecke, im Jahr 2014, tatsächlich weniger ausgegeben wird als bisher geplant, liegt bei 32,5 Mrd. Euro. Das ist eher ein Elefantenbaby, mit dem die Vorgaben der Schuldenbremse gerade so erreicht werden. Und das ist gut so. Denn dieses Paket hat den enormen Vorteil, dass es das gerade wieder anspringende Wachstum voraussichtlich nicht abwürgen wird. Gerade wenn die südeuropäischen Staaten mit brachialer Gewalt ihre Haushalte sanieren, ist es umso wichtiger, dass Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft die Konjunktur am Laufen hält. Das nützt auch dem Euro, also jener Sorgenwährung, auf die Merkels hochfliegende Rhetorik bei der Vorstellung des Pakets zielte. Denn die Finanzmärkte blicken derzeit zwar einerseits sehr genau darauf, ob die Euro-Staaten ihre Haushalte sanieren. Genauso nervös sind sie aber, wenn es Anzeichen dafür gibt, dass der Sparkurs die Wirtschaftserholung bedroht.“ – **Financial Times** <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:sparpaket-das-mini-mammutprogramm/50123872.html>

„Dass hier teils lang gehegte Forderungen der Umweltverbände in Erfüllung gehen, liegt paradoxerweise an der FDP. Weil sie sich gegen eine höhere Einkommen- oder Mehrwertsteuer sträubte, verfiel die Koalition auf die Ökologie.“ – **Die Tageszeitung** <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/regierung-spart-sich-schoen/>

„Mittelfristig könne das Paket der Konjunktur nutzen, weil die Regierung auf Steuererhöhungen verzichte, sagte Alexander Koch, Deutschland-Experte bei der Hypo-Vereinsbank (HVB). Der Ökonom verwies auf Studien, denen zufolge die Haushaltssanierung über Ausgabenkürzungen in der Regel erfolgreicher ist als über Steuererhöhungen. „Der große Teil der Bevölkerung wollte einen Sparkurs – daher könnten die Beschlüsse nun Vertrauen schaffen“, sagte Koch. Unsicher sei allein, wie sehr die Kürzungen im Sozialbereich und bei den Beamten die Binnennachfrage senkten.“ – **Der Tagesspiegel** <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/die-konjunktur-haelt-das-aus/1853624.html>

„Auch Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) nannte den Finanzplan "sozial ausgewogen" gegenüber der jungen Generation. Pofalla wies Warnungen zurück, die Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts könnten das Wachstum gefährden. Stattdessen werde nun das Fundament geschaffen, "damit wir gestärkt aus der Krise hervorgehen", sagte Pofalla der "Rheinischen Post".“ – **Spiegel**

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699404,00.html>

„Bei europäischen Partnerländern stößt das Sparpaket auf ein positives Echo. Der luxemburgische Ministerpräsident und Eurogruppen-Vorsitzende Jean-Claude Juncker begrüßte die geplanten Milliarden-Einsparungen gestern am Rande des Finanzministertreffens in Luxemburg. « Ich bin sehr dafür, dass es auch in Deutschland einen Ruck in Richtung Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gibt.“ – **Les Dernières Nouvelles d'Alsace**  
[http://www.dna.fr/bilingue/20100608\\_DNA007833.html](http://www.dna.fr/bilingue/20100608_DNA007833.html)

„Jean-Claude Juncker, Luxemburgs Ministerpräsident und Chef der Euro-Staaten: "Ein Ruck zur Konsolidierung"“ – **Spiegel** <http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-55665-5.html>

„Die deutsche Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat das von Opposition und Gewerkschaften als sozial ungerecht kritisierte Milliarden-Sparpaket der Regierung verteidigt. "Die Hälfte des Bundeshaushaltes liegt im Arbeits- und Sozialministerium. Wenn wir dann nur ein Drittel der Sparmaßnahmen beitragen müssen, reicht das schon, dass hier auf die soziale Balance geachtet worden ist", sagte von der Leyen am Dienstag dem "Deutschlandradio Kultur". Ihr sei es vorrangig wichtig gewesen, diejenigen zu schützen, die "im Augenblick an ihrer Lebenssituation nichts mehr ändern können". Dazu gehörten Pensionisten. An der Rente werde nicht gerührt.“ – **Der Standard, Österreich**

<http://derstandard.at/1271378395704/Deutsches-Sparpaket-Von-der-Leyen-verteidigt-Einsparungen-Auf-soziale-Balance-geachtet>

„Nach Ansicht von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wird das Sparpaket Deutschland wieder auf den Kurs des europäischen Stabilitätspakts bringen. "Wir haben ein Ergebnis, mit dem wir die Schuldenbremse für diese Legislaturperiode voll erfüllen können", sagte Schäuble am Rande eines Treffens der Euro-Finanzminister in Luxemburg. Auch in punkto soziale Ausgewogenheit habe die schwarz-gelbe Koalition eine "sehr vernünftige Balance" gefunden. Dem pflichtete der Chef des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, bei. "Es ist nach meinem Eindruck ausgewogen", sagte er der "Rheinischen Post". "Geld, das man nicht hat, kann man nicht ausgeben." Die Konjunktur werde durch das Sparpaket kaum beeinträchtigt. Sinn sagte weiter: "Wir sind heute in einem starken Konjunkturaufschwung, in dem man Konsolidierung am ehesten verkraften kann."“ – **Spiegel**  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699311,00.html>

„Andreas Rees, Deutschland-Chefvolkswirt von Unicredit, sagte: "Es ist erfreulich, dass man auf Steuererhöhungen auf breiter Front verzichtet hat. Das wäre der falsche Weg gewesen, denn Konsolidierung primär über die Einnahmeseite funktioniert nicht. Ich hätte mir mehr mutigen Subventionsabbau gewünscht, da bin ich ein bisschen enttäuscht."“ – **Spiegel**  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699276,00.html>

„Ein großer Wurf ist all das nicht, aber ein Neuanfang in jedem Fall. Denn die Sparvorhaben erbringen zumindest den Beleg einer Handlungsfähigkeit, die man der Bundesregierung zuletzt kaum noch zugetraut hatte.“ - **Hamburger Abendblatt**

<http://www.abendblatt.de/meinung/article1523535/Und-sie-regieren-doch.html>

„Zwar greift der Vorwurf von SPD und Gewerkschaften, es werde nur bei denen gespart, die sich nicht wehren können, zu kurz. Immerhin trifft die Kürzung des Elterngelds nicht die Arbeitslosen, sondern die besser verdienende Mittelschicht, und den Abbau von Subventionen bei der Ökosteuern wird die Wirtschaft zu spüren bekommen.“ - **Frankfurter Rundschau**

[http://www.fronline.de/in\\_und\\_ausland/politik/meinung/2729212\\_Leitartikel-Koalition-ohne-Kredit.html](http://www.fronline.de/in_und_ausland/politik/meinung/2729212_Leitartikel-Koalition-ohne-Kredit.html)

„Die negativen Effekte des Sparpakets auf das Wachstum seien "eher gering", meint Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Warum? Weil die Bundesregierung keine Steuern im großen Stil erhöht habe. Das hätte dem Wachstum am meisten geschadet, sagte Hüther der Frankfurter Rundschau. Das Paket sei sehr kleinteilig - doch genau das habe gesamtwirtschaftlich eine gewisse Ratio. So werde das Elterngeld für Berufstätige nur moderat gesenkt, was viele vermutlich gut verkraften können.“

- **Frankfurter Rundschau**

[http://www.fronline.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/2729385\\_Mutlos-belastend-verkraftbar-Urteile-ueber-das-Sparpaket.html](http://www.fronline.de/in_und_ausland/politik/aktuell/2729385_Mutlos-belastend-verkraftbar-Urteile-ueber-das-Sparpaket.html)

„Geht doch. Zum eigentlich ersten Mal in acht Monaten macht Schwarz-Gelb entschlossen einen Punkt. Das Milliarden-Sparprogramm hat Hand und Fuß. Es räumt Arbeitsmarkt-Programme ab, die zu streichen niemandem wirklich schadet. Es kürzt Zusatz-Leistungen bei jenen Gruppen, die in den letzten fünf Jahren oft zu den Gewinnern zählten. Es bittet Beamte zur Kasse, weil sie trotz Krise einen sicheren Job haben. Und auch wenn manch weitere Einsparung oder Einnahme vorerst nur auf dem Papier steht – die Richtung stimmt: Der Staat nimmt sich zurück, weil er sich nicht mehr leisten will, was nur auf Pump zu finanzieren ist. Jeder Privatmensch würde mit den eigenen Finanzen dasselbe machen. Darum ist das Programm auch nicht herzlos, wie die Opposition ruft. Nein. Spät genug haben sich Union und FDP ein Herz genommen. Dafür sind sie mit Mehrheit gewählt worden.“ - **Bild**

<http://www.bild.de/BILD/news/standards/kommentar/2010/06/08/kommentar-von-nikolaus-blome.html>

„Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sagte dagegen: „Bei einer Gesamtverschuldung von 1,7 Billionen Euro von Bund, Ländern und Gemeinden müssen wir endlich den Weg aus dem Schuldensumpf finden. Das geht nicht ohne Einschnitte auch im Sozialbereich.“ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Sparpaket einige positive Ansätze für den Umweltschutz.“ - **Bild**

<http://www.bild.de/BILD/politik/2010/06/08/sparen-klausurtagung-angela-merkel-bundesregierung/hg-sparhammer-frieden/so-kritisiert-die-opposition.html>

## Reform der Kommunal Finanzen

### Gemeinden wirksam stärken – mit konjunkturunabhängigen Finanzen

Bereits im Jahr 2013 wird der Staat 124 Milliarden Euro Mehreinnahmen gegenüber dem Jahr 2005 verbuchen. Allein diese Zahl macht deutlich, dass der Staat trotz Reform nicht etwa weniger Geld hat, sondern nur weniger von den Mehreinnahmen behält. Durch die aktuellen Entlastungen werden die schwerwiegendsten Auswirkungen der so genannten kalten Progression abgemildert.

Die derzeitige Debatte erweckt hingegen den Eindruck, die problematische finanzielle Lage der Kommunen hänge mit den Steuerentlastungen zusammen, die seit 1. Januar 2010 greifen. Dieser Eindruck trügt. Richtig ist, dass sich eine langjährige Forderung der FDP erneut bestätigt: Deutschland braucht eine umfassende Reform der Gemeindefinanzierung. In wirtschaftlich guten Zeiten wurde dies von jenen kommunalen Spitzenverbänden abgelehnt, die jetzt mit am lautesten das Klagelied anstimmen.

Für viele Städte und Gemeinden ist die Gewerbesteuer die Haupteinnahmequelle. Die Gewerbesteuer ist vom Ertrag der Unternehmen abhängig. Die Höhe der Einnahmen ist daher konjunkturabhängig und starken Schwankungen unterworfen. Der FDP-Bundesvorsitzende Guido Westerwelle ist davon überzeugt: „Die Gewerbesteuer ist als tragende Säule der Gemeindefinanzierung nicht zuverlässig.“ Für die Haushalte der Kommunen ist sie weder ein berechenbares noch ein stabiles Fundament. Die FDP erneuert daher ihre Forderung nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform. Die Kommunal Finanzen müssen auf eine solide Grundlage gestellt werden. Dabei geht es nicht um eine Mehrung der Staatseinnahmen, sondern um eine bessere Planbarkeit insbesondere für die Kommunen. Die FDP fordert deshalb eine größere Beteiligung der Gemeinden an der vergleichsweise konjunktur- unabhängigen Umsatzsteuer und die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Kommunalsteuer als Annexsteuer: Die Gemeinden sollen anstelle des starren Anteils ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer bekommen. Um Aufkommensneutralität zu erreichen, soll der Einkommen- und Körperschaftsteuertarif insgesamt entsprechend abgesenkt werden. Die Gewerbesteuer ist ein Fremdkörper in unserem Steuersystem. Sie steht insbesondere der Zusammenfassung der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Wege. Sie ist bürokratisch und intransparent. Die Kommunalsteuer ist deshalb die einfachere Steuer.

Ein eigenes Hebesatzrecht an der Einkommen- und Körperschaftsteuer schafft echten Wettbewerb zwischen den Gemeinden und sorgt so für Kostenbewusstsein und eine effiziente Mittelverwendung. Die Kommunalsteuer ist deshalb die niedrigere Steuer. Die Gewerbesteuer verteuert Exporte unnötig. Sie wird zudem nicht von allen Unternehmen bezahlt. Mittels einer Kommunalsteuer werden alle Bürger und Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung ihrer Gemeinde beteiligt. Die wettbewerbsverzerrende Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder kann entfallen. Die Kommunalsteuer ist deshalb die gerechtere Steuer.

Wir wollen die Gemeinden wirksam stärken. Wir schaffen echte Finanzautonomie und klare Verantwortlichkeiten. Durch unsere bürgernahe Politik entsteht Freiraum für die Selbstverwaltung der Kommunen – für die Menschen vor Ort.

Autor: Andreas Pauker, elde 1 | 2010

## Steuererhöhungen sind der falsche Weg

Andere Länder haben längst den Beweis erbracht – sinken die Steuern und Abgaben, ist auch die Arbeitslosigkeit niedriger. Das sehen Sie an diesen Beispielen mit Zahlen aus dem Jahr 2007:

Land	Steuern u. Abgaben	Arbeitslosenquote
Deutschland	50,8%	8,4%
Kanada	45,9%	6,0%
Großbritannien	35,7%	5,3%
Irland	28,9%	4,3%
Schweiz	29,1%	4,5%
Portugal	44,8%	8,0%
USA	46,2%	4,6%
Neuseeland	35,1%	3,6%

(Quellen: Arbeitslosenquoten: <http://titania.sourceoecd.org/upload/8108091e.pdf>, S. 335; Steuern/Abgaben: [http://www.pwc.com/gx/eng/tax/paying\\_taxes\\_2008.pdf](http://www.pwc.com/gx/eng/tax/paying_taxes_2008.pdf), S. 56-58)

## Warum sich Deutschland eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes nicht leisten kann

### Der Finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Volker Wissing, zum Spitzensteuersatz:

Wenn mal wieder ein sozialeres Steuersystem gefordert wird, dann gibt es regelmäßig zwei Forderungen: Freibeträge rauf, Spitzensteuersatz hoch. Entsprechend wurde auch schon früher gehandelt. 1958, als das deutsche System der Einkommensbesteuerung angelegt wurde, lag die Besteuerung bei rund 860 Euro (1681 DM) mit einem Satz von 20 Prozent an und ging bis zum Spitzensteuersatz in Höhe von 53 Prozent ab einem Einkommen von rund 56 262 Euro (110 040 DM). Insbesondere die letzte Zahl fällt auf: Heute, 52 Jahre später, wird der Spitzensteuersatz von einem Einkommen von 52 882 Euro erhoben. Nun wird kaum jemand bestreiten, dass 1958 ein Einkommen in Höhe von über 110 040 DM für die damalige Zeit ein echter Spitzenverdienst war. Aber ist heute jemand mit 52 882 Euro ein Spitzenverdiener oder eher ein Gutverdiener? Wenn man sich Gehältervergleiche anschaut, stellt man schnell fest, dass Spitzensteuersatzzahler längst keine Spitzenpositionen bekleiden müssen; der Spitzensteuersatz betrifft heute bereits gutverdienende Angestellte und Facharbeiter. Er trifft die aufstrebende Mitte.

Während im unteren Einkommensbereich die Freibeträge erhöht und der Steuersatz gesenkt wurden, fanden an dem oberen Rand der Skala kaum Veränderungen statt. Leistung muss sich nicht lohnen, Leistung soll vor allen Dingen zahlen, schien über lange Jahre die Devise der Finanzminister zu sein. Überträgt man die Einkommensgrenzen der Einkommensbesteuerung des Jahres 1958 inflationsbereinigt auf das Jahr 2010, kommt man zu einem spannenden Ergebnis. Die untere Grenze für die Einkommensbesteuerung müsste bei einem Einkommen in Höhe von knapp 2400 Euro einsetzen, tatsächlich tut sie dies erst über 8000 Euro. Außerdem wurde der Eingangsteuersatz von 20 auf 14 Prozent gesenkt. Beides sind durchaus positive Errungenschaften und eine deutliche Besserstellung kleinerer Einkommen. Beide führen aber selbstverständlich auch zu einer Mehrbelastung der verbleibenden Steuerzahler. Die Spitzenverdiener in Deutschland sind keineswegs so unsozial, wie immer suggeriert wird.

Das obere Viertel der Einkommensteuerzahler trägt rund 80 Prozent des Einkommensteueraufkommens. Nun mag manchem das immer noch nicht genug sein, aber es zeigt auf jeden Fall, dass starke Schultern in Deutschland viel tragen.

Die Einkommensgrenze zum Spitzensteuersatz wurde im Vergleich zu 1958 sogar abgesenkt. Obwohl sie unter Berücksichtigung der Inflation und etwaiger Tarifierhöhungen ebenso angehoben werden müsste wie die Einkommensgrenze zum Eingangsteuersatz. Im Laufe der Zeit wurden auf diese Weise immer mehr Menschen zu Spitzenverdienern – oder besser Spitzensteuersatzzahlern – gemacht. Legt man die Einkommensgrenze zum Spitzensteuersatz des Jahres 1958 zugrunde, müsste diese heute bei rund 160.000 Euro liegen, tatsächlich beträgt sie 52 882 Euro. Unser Steuersystem ist zu Recht nach unten sozial. In der oberen Tarifzone ist es aber leistungsfeindlich. Es steht außer Frage, dass alle Bevölkerungsgruppen ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisten sollen. Unser Staat ist aber nicht nur die Bringschuld einer bestimmten Gruppe, er muss von allen getragen werden. Ein Steuersystem muss allen gerecht werden. Es darf die Bezieher kleiner Einkommen keinesfalls überlasten, genauso wenig aber auch die oberen Gruppen. Es soll dem Staat nicht nur die notwendigen Einnahmen verschaffen, sondern auch Leistung honorieren, um den Wohlstand unseres Landes zu sichern.

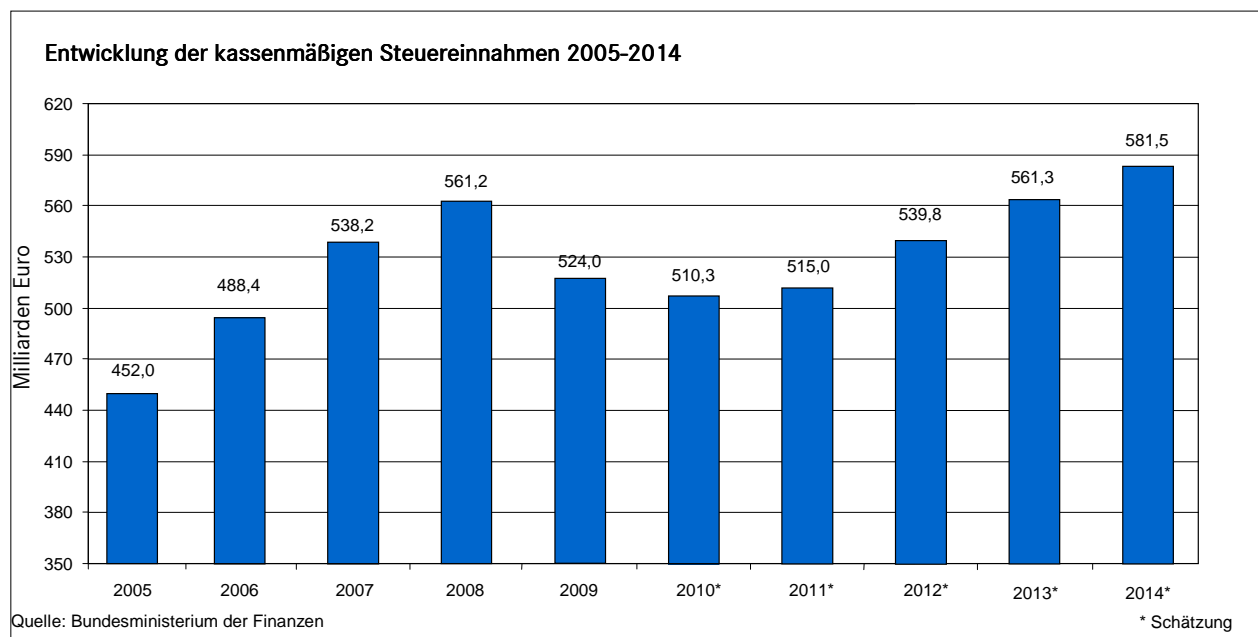
Dr Volker Wissing (MdB) in einem Gastbeitrag der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.06.2010, S.10.

## Argumente für Steuersenkungen vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerschätzung

Die aktuelle Steuerschätzung entspricht unseren Erwartungen. Sie zeigt, dass wir sowohl unsere solide Finanzpolitik als auch unsere Wachstumspolitik konsequent fortsetzen müssen. Die Spielräume für Entlastung und Entschuldung sind da. Das Steueraufkommen sinkt nicht - es steigt nur weniger stark als bisher erwartet. Diese Entwicklung belegt einmal mehr: Der Staat hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Steuersenkungen bleiben notwendig. Sie setzen Wachstumsimpulse und beleben die Binnennachfrage.

**Trotz schwieriger Wirtschaftslage sinkt das Steueraufkommen nicht - es steigt nur weniger an als bisher erwartet.** In der öffentlichen Debatte entsteht der Eindruck, der Staat habe ein Einnahmenproblem. Das ist falsch. 2005 hatte der Staat rund 452 Mrd. Euro Steuereinnahmen; 2009 waren es bereits 524 Mrd. Euro und für 2013 wird mit einem Einnahmerekord von 561,3 Mrd. Euro gerechnet. Das entspricht einer Steigerung der Staatseinnahmen von knapp 24,2 Prozent.

Bisher wurde für das Jahr 2010 ein Steueraufkommen von rund 512 Mrd. Euro (Bund, Länder, Gemeinden und Europa) prognostiziert. Die aktuelle Steuerschätzung weicht davon mit knapp 2 Mrd. Euro nur um etwa 5 Promille von den bisherigen Erwartungen ab.



**Faire Steuern sind das beste Wachstumsprogramm.** Einfache, niedrige und gerechte Steuern schaffen mehr finanziellen Spielraum: Für Familien, für mehr Konsum und auch eine wirksame Altersvorsorge. Die Bürgerinnen und Bürger können sich mehr leisten und Unternehmen können mehr investieren. Das stimuliert die Binnennachfrage und schafft Wachstum und Arbeitsplätze.

**Mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr Wertschöpfung, mehr Steuern, mehr Einzahler in die Sozialkassen und weniger Belastung der Arbeitslosenversicherung:**

- Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich deutlich besser als noch zu Beginn des Jahres. Die Entlastungen für Familien und Mittelstand zum Jahresbeginn haben Wirtschaft und Arbeitsmarkt belebt. Schon 100.000 Arbeitslose weniger bedeuten etwa 2 Mrd. Euro mehr im Haushalt und in den Sozialkassen. Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung rechnet mit gut 300.000 weniger Arbeitslosen als im Januar. Das bringt 6 Mrd. Euro.
  - Der Bund wird im Umfang von knapp 2 Mrd. Euro entlastet, da er weniger Arbeitslosengeld II und Sozialgeld auszahlen muss und mehr Steuern einnimmt.
  - Für Länder und Kommunen ergeben sich Ersparnisse von über 1 Mrd. Euro, da auch sie mehr Steuern einnehmen und weniger Ausgaben für Arbeitslose schultern müssen.
  - Auch die Sozialversicherungen profitieren von der günstigeren Arbeitsmarktentwicklung. Sie können mit rund 1,5 Mrd. Euro weniger Mindereinnahmen rechnen. Das macht gleichzeitig weniger Bundeszuschüsse an die Renten- und Krankenversicherung nötig.
  - 300.000 weniger Arbeitslose bedeuten für die Bundesagentur für Arbeit (BA) weniger Ausgaben und geringere Mindereinnahmen im Umfang von etwa 1,5 Mrd. Euro.
1. **Der heute geltende Steuertarif ist besonders für die kleineren und mittleren Einkommen ungerecht.** Gerade hier, in der leistungsbereiten Mitte mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen zwischen 8.000 und 53.000 Euro, steigt die Steuerbelastung mit jedem zusätzlich verdienten Euro am stärksten. Diesen sogenannten Mittelstandsbauch kann man nicht bekämpfen, ohne steuerlich zu entlasten.
  2. **Steuerentlastungen und Finanzhilfen schließen sich nicht aus.** Das hat schon Schwarz-Rot bewiesen. Trotz der Abwrackprämie (5 Mrd. Euro) und des Pakets zur Bankenrettung (51,14 Mrd. Euro) hatte die „Große Koalition“ Entlastungen von etwa 13 Mrd. Euro ab 1. Januar 2010 beschlossen. Dadurch können Arbeitnehmer Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich stärker absetzen.
  3. **Auch Probleme bei den Kommunal финанzen können nicht durch einen Reformstillstand im Bereich des Einkommenssteuerrechtes gelöst werden.** In der Finanz- und Wirtschaftskrise sind den Kommunen bundesweit zwischen 2008 und 2010 ca. 14% der Gewerbesteuererinnahmen weggebrochen. In den Jahren davor sind sie aufgrund der konjunkturell günstigen Lage bis 2008 auf rund 41 Mrd. € gestiegen. In dieser Zeit haben viele Kommunen ihre Hausaufgaben nicht gemacht: Statt die höheren Steuereinnahmen konsequent zur Schulden tilgung oder zur Vorsorge für schlechtere Zeiten zu nutzen, wurden die Mittel größtenteils ausgegeben.
  4. **Selbst Gegner einer Steuerreform haben eingestanden, dass diese sich mittelfristig bis zu 50 Prozent refinanziert** – weil sie zu Wachstum führt. Ein Prozent mehr Wachstum führt nach Zahlen des SPD-geführten Bundesfinanzministeriums aus dem letzten Jahr (unter Peer Steinbrück) zu etwa 5,5 Milliarden Euro mehr Steuern, zu 3,5 Milliarden Euro höheren Sozialbeiträgen sowie zu weniger Sozialausgaben – zusammen 12 bis 13 Milliarden Euro.

5. **Verantwortungsvolle Politik muss auf den sinnvollen Einsatz von Steuermitteln achten.** Die steuerliche Entlastung führt zu einem positiven Spardruck auf den Staat und zwingt diesen verstärkt, seine Ausgaben zu hinterfragen. Durch Subventions- und Bürokratieabbau sowie die Zusammenlegung von Behörden können Effizienzreserven gehoben und gleichzeitig Qualitäten verbessert werden. Gerade im Subventionsbericht für die Jahre 2007-2010, der eine Steigerung der Subventionen um 6 Mrd. auf rund 30 Mrd. beschreibt, wird diese Notwendigkeit deutlich.
6. **Bei den Notkrediten für Griechenland geht es nicht um Geldgeschenke, sondern um Bankbürgschaften.** Der deutsche Staat gibt der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine Garantie für diesen Kredit. Er stellt damit keine unmittelbare Belastung des Haushaltes dar. Die FDP unterstützt die Milliardenhilfen für Griechenland als Ultima Ratio und befürwortet ein hartes und nachhaltiges Sanierungskonzept für Griechenland.
7. **Das Entlastungsvolumen der FDP in Höhe von 16 Mrd. Euro wurde durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) bestätigt.** Die Einbußen für den Bundeshaushalt betragen damit keinesfalls 40 Mrd. Euro, wie vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) ursprünglich veranschlagt. Offenbar lag dem Institut nicht die Endfassung des FDP-Steuerkonzepts vor.

## Für faire Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat

### Ob als Steuerzahler oder als Transferempfänger - Arbeit muss sich immer lohnen

Wir wollen die Finanzbeziehungen zwischen Bürger und Staat fair und verständlich regeln. Wir stehen für einen gerechten Ausgleich zwischen Steuerzahlern und Bedürftigen. Deshalb wollen wir ein einfaches und maßvoll belastendes Steuersystem und spürbare Anreize zur Arbeitsaufnahme für Leistungsempfänger. In dieser Legislaturperiode werden wir die ersten Schritte auf dem Weg hin zu unserem Steuerreformkonzept und zu unserem liberalen Bürgergeld verwirklichen. Den Rahmen dafür setzt der Koalitionsvertrag. **Leistung muss sich immer lohnen.**

### Für faire Steuern – einfach, niedrig und gerecht

Wir wollen, dass Ihnen mehr Netto vom selbstverdienten Brutto bleibt. Durch einfache, niedrige und gerechte Steuern. So bekommen Sie mehr finanziellen Spielraum: Für Ihre Familie, für mehr Konsum und auch eine wirksame Altersvorsorge. Sie können sich mehr leisten und Unternehmen können mehr investieren. Das schafft Wachstum und Arbeitsplätze.

#### Einfache Steuern

Ein faires Steuerrecht braucht einfache Regeln. Wenn der Staat seinen Bürgern Steuern abverlangt, müssen die Regeln dafür so einfach sein, dass sie fehlerfrei angewendet werden können. Der neue 5-Stufen-Tarif ist einfach und verständlich. Statt komplizierter Steuerformeln sieht jeder Bürger schnell, welche Steuerbelastung auf ihn zukommt.

	Zu versteuernde Einkommensteile in €	Steuersatz in %
Grundfreibetrag	8.004	-
1. Stufe bis	12.500	14 %
2. Stufe bis	35.000	25 %
3. Stufe bis	53.000	35 %
4. Stufe bis	250.730	42 %
5. Stufe über	250.730	45 %

Stand 13.04.2010

#### Beispiel 1 - Rechenweg

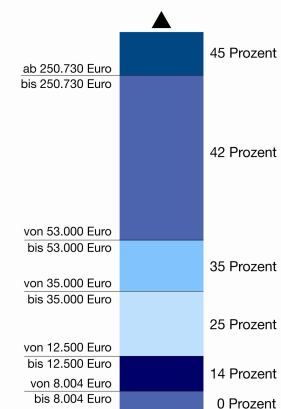
So errechnet sich die Steuer für einen Single ohne Kind mit einem zu versteuernden Einkommen von 40.000 Euro:

für 0 – 8.004 Euro	0%	0,00 Euro
für 8.004 – 12.500 Euro	14%	629,44 Euro
für 12.500 – 35.000 Euro	25%	5.625,00 Euro
für 35.000 – 40.000 Euro	35%	1.750,00 Euro

Gesamtsteuer 8.004,44 Euro  
Ohne Solidaritätszuschlag

**Das ist eine Entlastung von 1003,00 Euro im Jahr.**

Einkommensteile:



Die Steuersätze gelten nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für die jeweiligen **Einkommensteile**.

### Niedrige Steuern.

Sie sollen mehr Ertrag von Ihrer Arbeit haben. Deshalb hat die Koalition eine steuerliche Gesamtentlastung von 24 Mrd. Euro vereinbart. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat bereits zum 1. Januar 2010 eine Entlastung um 8 Mrd. Euro gebracht. Das FDP-Konzept entlastet die Steuerzahler um weitere 16 Mrd. Euro.

2009 bekam ein durchschnittlich verdienender ganztags beschäftigter Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von 3.100 Euro im Monat von jedem zusätzlich verdienten Euro nur noch 46 Cent ausgezahlt – 54 Cent wurden für Steuern und Abgaben abgeführt. Im neuen Stufentarif bleibt die Steuerbelastung innerhalb der Steuerstufe konstant, so dass sich zusätzliche Leistung auch wirklich lohnt. Beim Überschreiten einer Steuerstufe wird nur das übersteigende Einkommen höher belastet. Belastungssprünge bleiben aus.

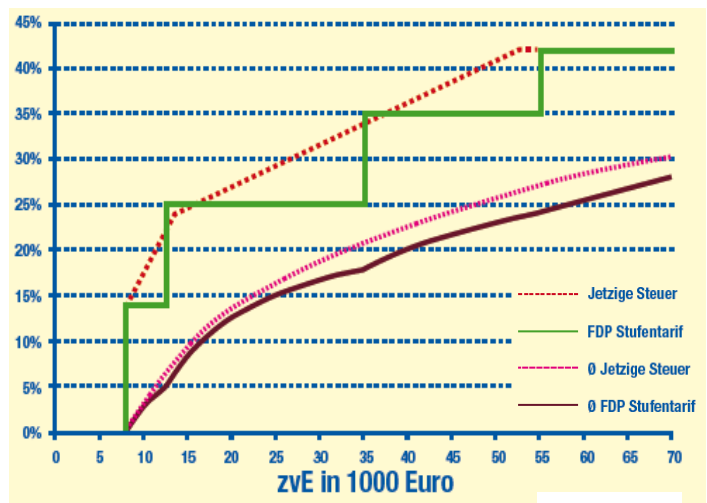
### Gerechte Steuern.

Mit dem Stufentarif wird Ungerechtigkeit zielgenau dort abgebaut, wo sie am größten ist. Der heute geltende Steuertarif ist besonders für die kleineren und mittleren Einkommen ungerecht. Gerade hier, in der leistungsbereiten Mitte mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen zwischen 8.000 und 53.000 Euro, steigt die Steuerbelastung mit jedem zusätzlich verdienten Euro am stärksten. Dieser sog. Mittelstandsbauch führt dazu, dass von jedem zusätzlich verdienten Euro zu wenig übrig bleibt. Die FDP will das ändern. Der neue Stufentarif bewirkt eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche. Die Durchschnittsbelastung liegt immer niedriger als heute (siehe Grafik 2).

#### Beispiel 2 - Entlastungswirkung

Entlastungswirkung für ein Ehepaar, 2 Kinder, gesetzl. sozialversichert

Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern und einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro ergibt sich nach unserem Tarifverlauf eine steuerliche Entlastung von insgesamt 1.242 Euro. Hinzu kommt die bereits beschlossene Erhöhung des Kindergeldes von 480,00 Euro aufs Jahr gerechnet. **Das ist eine Entlastung von 1722,00 Euro im Jahr.**



Grafik 2

### Für einen fairen Sozialstaat – Aufstiegschancen schaffen

Wer kein oder nur ein geringes Einkommen hat, hat nichts von Steuersenkungen. Wir wollen das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) so reformieren, dass die Anreize zur Arbeitsaufnahme steigen und der bürokratische Aufwand sinkt. Ein wichtiger Schritt hin zur Verwirklichung des liberalen Bürgergeldes.

Unser Reformvorschlag entlastet die Bürger und den Staat gleichermaßen. Er pauschaliert steuerfinanzierte Sozialleistungen und fasst diese zusammen. Insbesondere die **Kosten der Unterkunft** sollen nach dem Willen der FDP durch einen pauschalierten, regional

differenzierten, Festbetrag gedeckt werden. Wir stärken so zum einen die Selbstbestimmung der Leistungsempfänger, frei zu entscheiden, zu welchen Preisen sie Wohnraum anmieten wollen. Zum anderen schaffen wir so mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten und entlasten die Sozialhilfeträger vor Ort sowie die Sozialgerichte, indem die bestehende Klageflut eingedämmt wird. Allein in 2009 gingen 194.000 neue Verfahren bei den Sozialgerichten ein.

In Familien, die Leistungen aus der Grundsicherung erhalten, sollen die **Bedürfnisse der Kinder** jedoch nicht vollständig über Transferzahlungen gesichert werden. Durch eine Verbindung von Geld- und ergänzenden Sachleistungen – in Form beispielsweise von Gutscheinen für die Teilnahme an kulturellen Angeboten – werden die Kinder direkt erreicht. So schaffen wir Teilhabechancen für alle.

Durch die von der Regierung jetzt beschlossene Freibetragsregelung, wird die **Eigeninitiative von Jugendlichen** aus Familien, die Grundsicherung erhalten, gefördert und nicht mehr bestraft. Die früheren Zuverdienstregeln führten dazu, dass die eigene Arbeit kaum lohnte, da Abzüge vom selbst erarbeiteten Verdienst drohten. In einem Ferienjob können Sie nun, innerhalb von 4 Wochen im Jahr, anrechnungsfrei bis zu 1200 EUR verdienen.

In einem fairen Steuer- und Sozialstaat wirken Hilfsbereitschaft und Leistungsbereitschaft zusammen: Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich das Mitmachen lohnt, weil jeder seine Situation durch eigene Anstrengung verbessern kann. Deswegen will die FDP die **Zuverdienstmöglichkeiten neu regeln** und den **Anreiz zur Arbeitsaufnahme verstärken**. Wer arbeitet, hat nach unserem Modell immer mehr als der, der nicht arbeitet. Das ist fair, und macht jeden Schritt aus der Abhängigkeit heraus attraktiver.

## Die Kampagne – „Die Mitte stärken!“

Die Aktionen zum Steuerzahlertag reihen sich ein in die Kampagne der FDP „Die Mitte stärken!“.

In der gesellschaftlichen Mitte machen sich **Unsicherheit und Resignation** breit: „Leistung, Wissen, Ehrgeiz lohnen sich nicht mehr“. „Um das Niveau zu halten, muss ich immer mehr bringen“. Oder: „Es geht zwar immer irgendwie weiter, aber nicht mehr automatisch nach oben“. So oder ähnlich denken viele.



Sie haben nicht Unrecht. **Der Druck auf die gesellschaftliche Mitte ist in den letzten Jahren stetig gewachsen.** Ein Beispiel ist die starke Steuer- und Abgabenbelastung.

Gleichzeitig kreist die öffentliche Diskussion um „Heuschrecken“ und „Unterschichten“, um Mindestlohn und Reichensteuer. Mit der **Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Bevölkerung** hat das nichts zu tun. Die Menschen der Mitte stehen morgens auf, versorgen ihre Kinder, gehen zur Arbeit und zahlen Steuern. Sie wollen Leistung bringen, eine gute Ausbildung erreichen und sich ihr privates Glück auf gesichertem wirtschaftlichem Fundament selbst und eigenverantwortlich erarbeiten. Das sind die Menschen, die Arbeit suchen; die einsteigen, nicht aussteigen wollen. Diese Menschen erwarten vom Staat nicht, dass er ihnen alle Mühen abnimmt. Aber sie erwarten zu Recht, dass er ihnen nicht noch zusätzliche Lasten aufbürdet.

Die Leistungen der Mitte sind aber nicht nur materieller Art. Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio warnt: „Wer die Idee der Mitte einer Gesellschaft preisgibt, verliert über kurz oder lang auch den Boden unter den Füßen, für die Republik und die Demokratie“. Denn **nur eine starke Mitte bewahrt unser Land vor politischen Extremen.**

**Die FDP ist der Anwalt dieser vergessenen deutschen Mitte.** Die FDP schafft den Freiraum, damit jeder sein Glück machen kann. Wir machen Politik für alle, die Ziele haben, mehr erreichen wollen, etwas leisten und bewegen möchten. Sie haben einen Bündnispartner: die FDP.

An diese Menschen wenden wir uns mit der Kampagne „Die Mitte stärken!“. Die **Werbemittel** mit Informationen zur Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik der FDP sind die optimale Ausstattung für einen Infostand zum Steuerzahlertag.

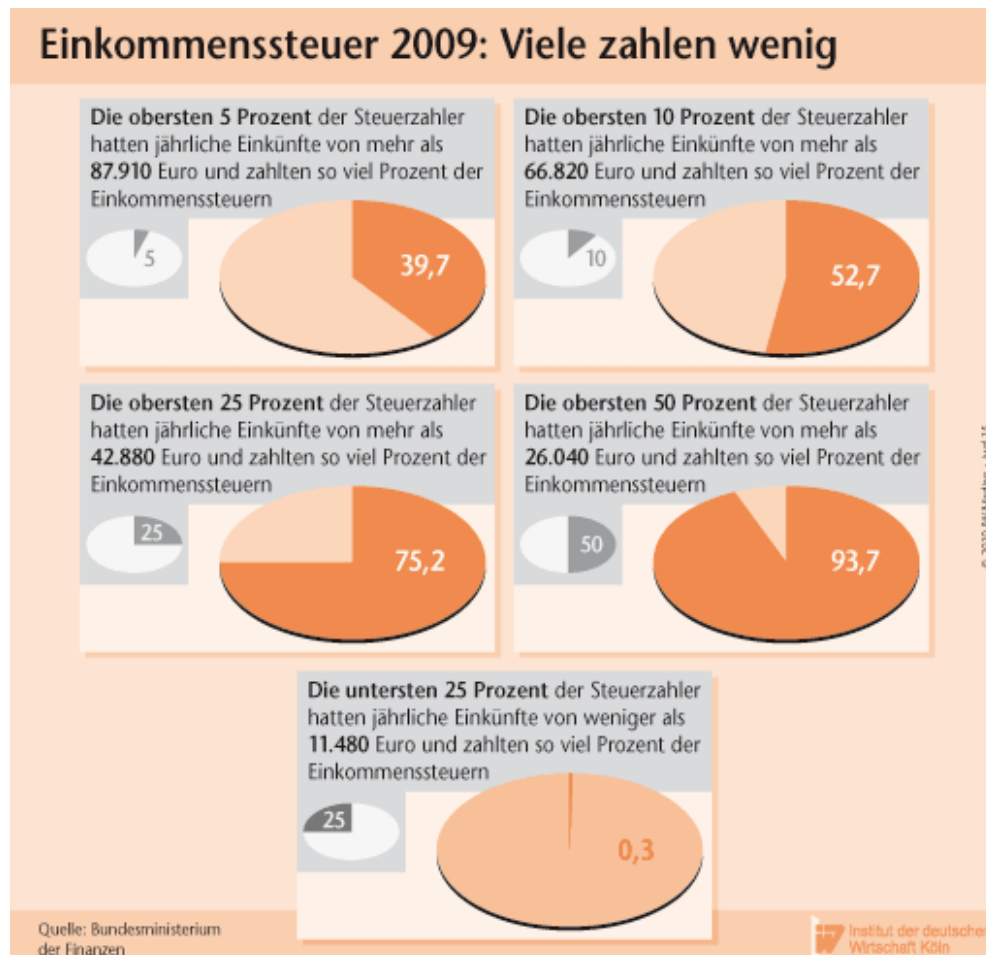
Mehr Infos gibt es unter:

[http://www.liberalverlag.de/webcom/show\\_libvshop.php/\\_c-25/\\_lkm-/i.html](http://www.liberalverlag.de/webcom/show_libvshop.php/_c-25/_lkm-/i.html)

Zur Bestellung der Materialien wenden Sie sich bitte an den Liberalverlag.

## Viele zahlen wenig – Das Einkommenssteueraufkommen in Deutschland

Ein Viertel zahlt Dreiviertel – so sieht die Relation von abgabepflichtigen Bürgern zum Einkommenssteueraufkommen aus. Im vergangenen Jahr gab es 26 Millionen Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige in Deutschland. Nimmt man das oberste Viertel dieser Gruppe heraus, also all die Bürger, die ein zu versteuerndes Brutto-Jahreseinkommen von mindestens 42.880 Euro erzielten, so zeigt sich, dass diese „Oberschicht“ rund 75 Prozent des gesamten Steueraufkommens finanziert hat. Das unterste Viertel hingegen, für das die Einkunftsgrenze bei maximal 11.480 Euro im Jahr lag, steuerte gerade einmal 0,3 Prozent zum gesamten Steuerkuchen bei; 2008 waren es noch 0,2 Prozentpunkte mehr. Zu dieser Entwicklung beigetragen hat auch die im Jahr 2009 in Kraft getretene Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent. Unterm Strich sorgte aber hauptsächlich der progressive Steuertarif auch im vergangenen Jahr wieder für eine extrem hohe Steuerbürde bei den oberen Einkommensbezieher, während die Bundesbürger mit niedrigem Einkommen vergleichsweise wenig zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitrugen.



Quelle: IW Köln / IW Medien, 2010

## Die Mittelschicht schrumpft

Arm und Reich driften in Deutschland immer weiter auseinander. Das ist das zentrale Ergebnis einer neuen Studie des DIW Berlin zur Einkommensverteilung in Deutschland auf Basis von Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP). Die Studie zeigt deutlich, dass nicht nur die Anzahl Ärmere und Reicherer immer weiter wächst – seit zehn Jahren werden ärmere Haushalte auch immer ärmer. Für die DIW-Experten Martin Gornig und Jan Goebel ist das eine besorgniserregende Entwicklung: „Dieser Trend verunsichert die Mittelschicht“, sagen sie. „Eine starke Mittelschicht ist aber wichtig für den Erhalt der gesellschaftlichen Stabilität.“



Hier gibt es einen klaren politischen Zusammenhang: Zehn Jahre war die FDP nicht mehr Teil einer Bundesregierung. Damit ist klar: Ohne FDP verliert die Mitte. Der Pfeil muss endlich wieder nach oben zeigen. Dafür braucht Deutschland eine starke FDP.

Für Bestellungen von **Informationsmaterial** wenden Sie sich bitte an den Liberalverlag:

liberal Verlag GmbH, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin, Tel. 030 27572878, Fax: 030 27572880 oder per E-Mail: [susan.somorowski@liberalverlag.de](mailto:susan.somorowski@liberalverlag.de)

Hier gelangen Sie direkt zum Online-Shop des Liberalverlags:

[http://www.liberalverlag.de/webcom/show\\_libvshop.php/\\_c-25/i.html](http://www.liberalverlag.de/webcom/show_libvshop.php/_c-25/i.html)

Für **Rückfragen** steht Ihnen Arndt Baumann von der Abteilung Dialog und Kampagnen der FDP-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung:

FDP-Bundesgeschäftsstelle, Thomas-Dehler-Haus, Abteilung Strategie und Kampagnen, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Tel. 030 28495855, Fax: 030 28495852 oder per E-Mail: [arndt.baumann@fdp.de](mailto:arndt.baumann@fdp.de)